



Pressefoyer | Dienstag, 2. Dezember 2014

In die Infrastruktur investieren, die Wirtschaft stärken

Straßen- und Hochbauprogramme 2015 des Landes Vorarlberg

mit

Landeshauptmann Mag. Markus Wallner

Landesstatthalter Mag. Karlheinz Rüdissler

(Straßenbau- und Hochbaureferent der Vorarlberger Landesregierung)

In die Infrastruktur investieren, die Wirtschaft stärken

Straßen- und Hochbauprogramme 2015 des Landes Vorarlberg

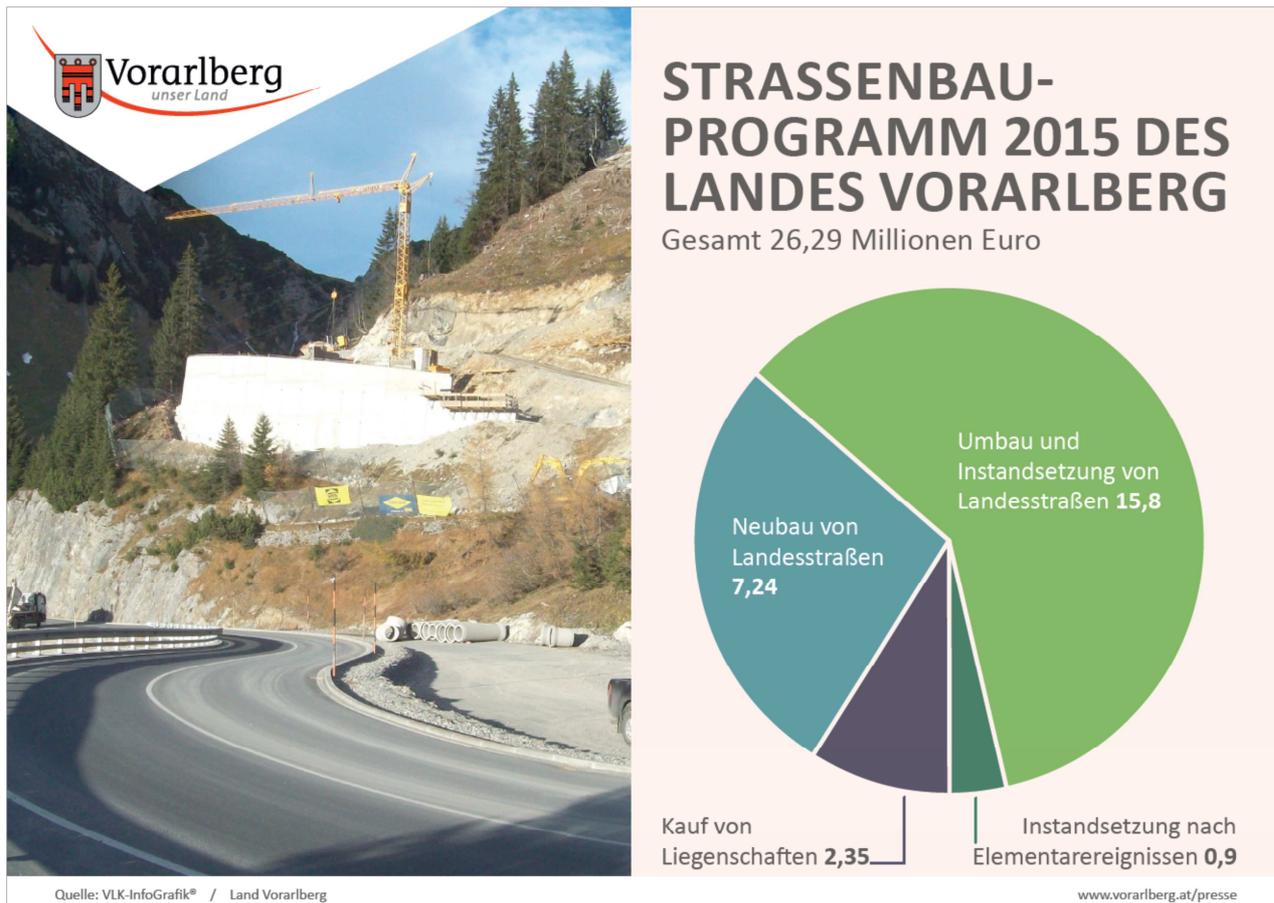
Der europaweit schwierigen konjunkturellen Lage wird das Land Vorarlberg im kommenden Jahr ein umfassendes Investitions- und Standortpaket entgegensetzen. Vom Gesamtvolumen des Landesbudgets (knapp 1,7 Milliarden Euro) werden in Summe rund 409 Millionen Euro für Investitionen und investitionsfördernde Maßnahmen aufgewendet. Neben den Schwerpunkten bei Bildung und Beschäftigung, Wirtschaftsförderung sowie Forschung und Entwicklung wird kräftig in die bauliche Infrastruktur investiert. Für die Realisierung von Projekten im Straßenbau und öffentlichen Hochbau sind im Landesvoranschlag 2015 gut 104 Millionen Euro vorgesehen, führten Landeshauptmann Markus Wallner und Landesstatthalter Karlheinz Rüdisser im Pressefoyer aus.

Mit dem vorliegenden Budget für 2015 sei es der Landesregierung gelungen, die Investitionen weiter hoch zu halten, macht der Landeshauptmann deutlich. So fließt nahezu jeder vierte Euro direkt in die Entwicklung des Lebens- und Wirtschaftsraumes. "Im Vordergrund steht, Vorarlberg bestmöglich als wettbewerbsfähigen und attraktiven Standort zu positionieren", stellt Wallner klar. Unerlässlich dazu sei auch eine gut ausgebaute Verkehrs- und Gebäudeinfrastruktur. Dabei sichern solche Investitionen nicht nur Wertschöpfung in den Regionen, Arbeitsplätze und damit Wohlstand, sie stellen zugleich auch wichtige Verbesserungen in bedeutenden Zukunftsbereichen – etwa Gesundheit und Bildung – dar, wie der Landeshauptmann betont.

Straßenbau: Instandhaltung, Entlastung, Verkehrssicherheit

Die Arbeitsschwerpunkte im Straßenbau sind weitestgehend die gleichen wie in den letzten Jahren: Im Vordergrund steht die Substanzerhaltung und Instandhaltung des gut 800 Kilometer langen Landesstraßennetzes und der zugehörigen Bauwerke (600 Brücken, Tunnel, Galerien, Mauern). Ein wesentliches Ziel ist und bleibt es auch, Gefahrenstellen im Straßennetz zu entschärfen und dadurch die Verkehrssicherheit zu verbessern. Neue Straßenverbindungen sind angesichts des bestehenden hohen Ausbaugrades nur dort angedacht, wo sie der Entlastung überbeanspruchter Ortsdurchfahrten und der entlang dieser Strecken lebenden Bevölkerung dienen.

Im Landesvoranschlag 2015 ist der Straßenbau mit 50,1 Millionen Euro dotiert, das ist um 1,4 Millionen Euro mehr als im Budget 2014. Davon entfallen 26,29 Millionen Euro auf das Bauprogramm, der Rest sind Sachausgaben wie Mittel für Erhaltung und Projektierung sowie Beiträge für Wildbach- und Lawinverbauung und Radwege.



Planungs- und Vorbereitungsarbeiten für den Stadttunnel Feldkirch

Eines der größten Straßenbauprojekte der Gegenwart und der kommenden Jahre ist der Stadttunnel Feldkirch. Hier sollen die Vorarbeiten zum Start des ersten Bauabschnittes vorangetrieben werden. Dazu zählen die Einholung der erforderlichen Bewilligungen (UVP), die Durchführung von Grundablösen sowie die notwendigen Detailplanungen für die Ausschreibung der erforderlichen Leistungen.

Wichtige Projekte im Straßenbauprogramm 2015:

- Die heuer begonnenen Bauarbeiten an der Sägerbrücke in Dornbirn veranschaulichen alle wesentlichen Ziele des Vorarlberger Landesstraßenbauprogramms: Zum einen geht es um die Instandsetzung einer in die Jahre gekommenen wichtigen Verkehrsverbindung und deren Anpassung an die heutigen Anforderungen. Gleichzeitig können Sicherheit und Flüssigkeit des Verkehrs wesentlich verbessert werden, indem mehr Platz für den Geh- und Radverkehr sowie für die ÖPNV-Busse geschaffen wird.

Für die Bauetappen im Jahr 2015 sind knapp zwei Millionen Euro budgetiert. Die Gesamtkosten sind mit 5,2 Millionen Euro veranschlagt, davon entfallen 3,6 Millionen auf das Land und 1,6 Millionen Euro auf die Stadt. Baufertigstellung und Verkehrsfreigabe sind für 2016 vorgesehen.

- L 200 Andelsbuch-Bühel: Mit der Nordumfahrung Bühel wird der letzte Abschnitt der Bregenzerwaldstraße (L 200) ausgebaut und der Weiler Bühel vom Durchzugsverkehr entlastet. Nach 33 Jahren Planung konnte mit der Gemeinde Andelsbuch diese Verkehrslösung gefunden werden.
Alle erforderlichen Grundablösen und behördlichen Bewilligungen liegen vor. Derzeit wird die Ausschreibung der Leistungen vorbereitet. Das Projekt wird im Zeitraum Frühjahr 2015 bis Ende 2016 umgesetzt, Restarbeiten 2017. Für 2015 sind 1,86 Millionen Euro veranschlagt. Die Gesamtkosten sind mit 12,35 Millionen Euro veranschlagt, davon entfallen 11,75 Millionen Euro auf das Land und 0,6 Millionen Euro auf die Gemeinde.
- L 197, Neutrassierung Stuben-Rauz: Fertigstellung der Bauarbeiten bis Ende 2015, veranschlagtes Budget für 2015: 4,55 Millionen Euro
- L 202, Rheinbrücke Hard-Fußach: Derzeit laufen die Planungen für die Erstellung des Einreichprojekts als Grundlage für die Abwicklung der Behördenverfahren sowie die Grundablösen. Das Projekt soll ab Herbst 2017 umgesetzt werden.
- Rheintal Mitte (Bau der neuen Anschlussstelle L 45 durch die ASFINAG; Ausbau der L 45 mit Radweg und Neubau Lastenstraße): Das Vorprojekt liegt beim Bundesministerium zur Genehmigung. Parallel dazu laufen derzeit die Arbeiten zur Vorbereitung der von der ASFINAG durchzuführenden Umweltverträglichkeitsprüfung bzw. Behördenverfahren für die Maßnahmen im Bereich des Landes. Es wird angestrebt das Gemeinschaftsprojekt mit der ASFINAG ab 2018 umzusetzen.
- A 14 / L 82, Umbau der Anschlussstelle Bludenz Bürs (Gemeinschaftsprojekt mit ASFINAG): Baubeginn ab 2016 wird angestrebt. 2015 sind gut eine Million Euro vom Land für die erforderlichen Grundablösen vorgesehen.

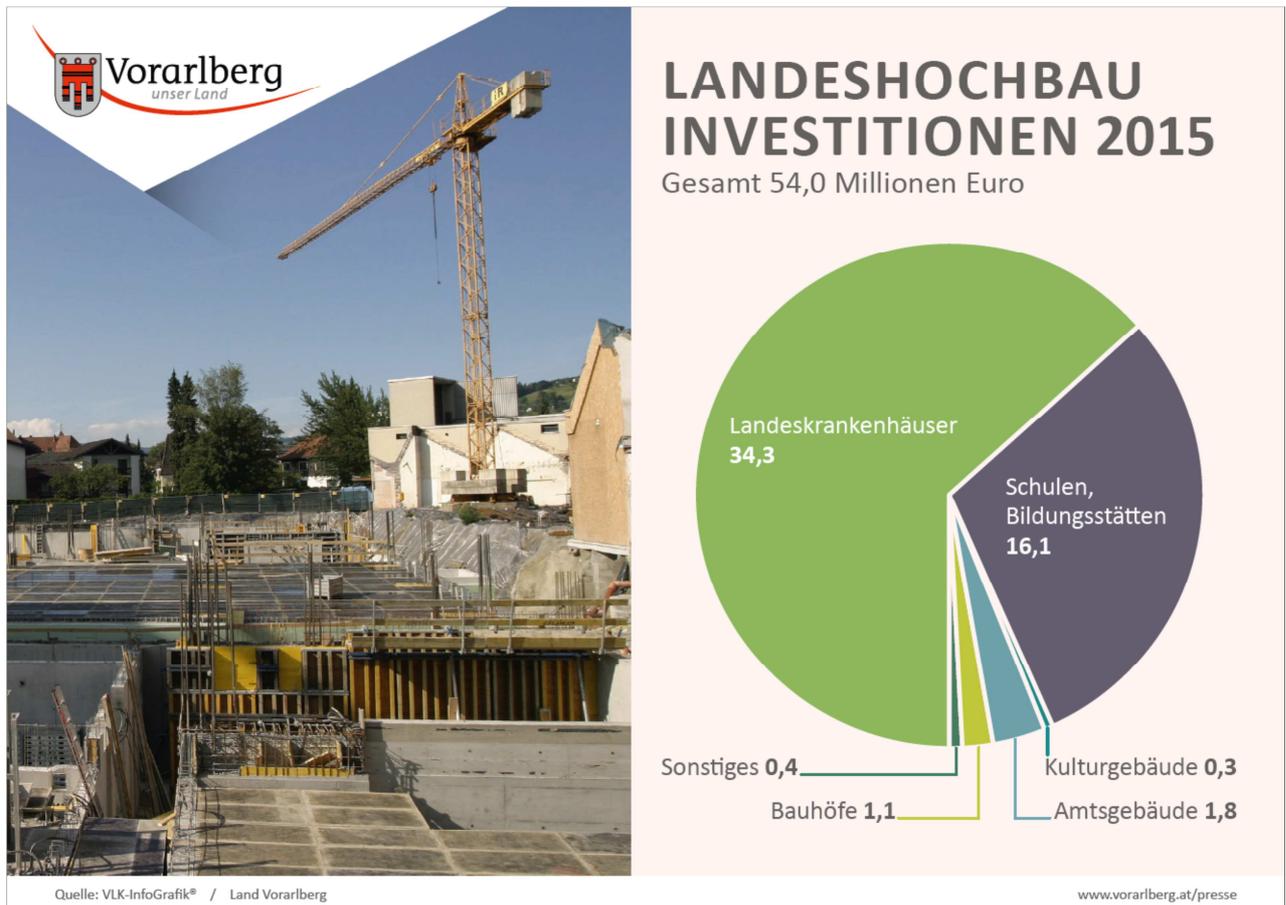
Hochbau setzt weiter auf Nachhaltigkeit

Auch im Landeshochbau bleibt der strategische Schwerpunkt unverändert: die Errichtung nachhaltiger Landesgebäude. Auch mit dem Budget 2015 werden nicht nur Kosten und einjährige Ausgaben generiert, sondern die gesamte Planungs- und Entwicklungsarbeit zielt auf lebenszyklusoptimierte Bauprojekte und eine entsprechende mehrjährige Finanzplanung ab. Ziel ist es, Gebäude mit Passivhausstandard zu errichten, die einen geringstmöglichen Energieverbrauch haben, der am Standort oder mit in der Nähe verfügbaren erneuerbaren Energiequellen gedeckt werden kann.

Hochbauprojekte als Grundlage für Verbesserungen im Gesundheits- und im Bildungswesen

Für den Landeshochbau sind im Budget 2015 des Landes Vorarlberg 54 Millionen Euro vorgesehen, nahezu gleich viel wie heuer (54,6 Millionen Euro). Mit diesen Investitionen wird nicht nur Wertschöpfung geschaffen, sondern zugleich die infrastrukturelle Basis für eine positive Weiterentwicklung in wichtigen Zukunftsbereichen gelegt, speziell im Gesundheitswesen und in der Bildung. Der größere Teil der Hochbau-Investitionen, 34,3 Millionen Euro, fließt in die Landesspitäler. Weitere 16,1 Millionen Euro sind für Bauvorhaben an Schulen und

Bildungsstätten budgetiert, die restlichen Mittel für Verwaltungsgebäude, Kulturbauten, Wirtschaftsgebäude und Bauhöfe.



Die größten Investitionen an den Spitälern sind im kommenden Jahr an den Landeskrankenhäusern Feldkirch (12,5 Millionen Euro) und Bregenz (7,0 Millionen Euro) vorgesehen. Für die Bauarbeiten an den Krankenhäusern Bludenz und Rankweil sind jeweils rund vier Millionen Euro veranschlagt, am Hohenemser Spital rund 1,4 Millionen Euro.

Weitere Schwerpunkte im Bauprogramm 2015:

- Das Landesbildungszentrum Schloss Hofen wird generalsaniert und um einen – großteils unterirdischen – Neubau erweitert. In den historischen Mauern von Schloss Hofen wird ein topmodernes Bildungszentrum entstehen, mit dem die berufsbegleitende Aus- und Weiterbildung auf universitärem Niveau in Vorarlberg einen Qualitätssprung macht. Gleichzeitig ist die architektonische Planung des Projekts darauf ausgelegt, Denkmalschutz und moderne Technik bestmöglich zu vereinbaren.
Veranschlagte Gesamtkosten 11,9 Millionen Euro, davon im Jahr 2015 5,5 Millionen Euro; geplante Fertigstellung 2017.
- Generalsanierung der Landesberufsschule Feldkirch: Das Projekt umfasst die Verbesserung der Fassaden- und Dachkonstruktionen, die Erneuerung der Wärmeerzeugung (Wärmepumpe statt Öl), den Einbau einer kontrollierten Be- und Entlüftung mit

Wärmerückgewinnung sowie die Adaptierung des Eingangsbereichs und der Verwaltung. Durch die baulichen Verbesserungen kann eine Reduktion des jährlichen Heizwärmebedarfs von ca. 130 Kilowattstunden pro Quadratmeter (kWh/m²) auf ca. 40 kWh/m² erzielt werden.

Gesamtvolumen 18,5 Millionen Euro, die Baurate 2015 beträgt 4,0 Millionen Euro; geplante Fertigstellung 2015.

- Die Bauarbeiten in der Landesfeuerwehrschule in Feldkirch-Gisingen stehen unmittelbar vor dem Abschluss. Von den Gesamtkosten von 7,64 Millionen Euro wurden zwei Drittel bereits aus dem Landesbudget 2014 finanziert, das restliche Drittel ist für 2015 veranschlagt.
- Die Adaptierungs- und Erneuerungsarbeiten im Schulsportzentrum Tschagguns schlagen im kommenden Jahr mit 1,45 Millionen Euro zu Buche. Auch dieses mit insgesamt knapp zwei Millionen Euro veranschlagte Projekt soll 2015 abgeschlossen werden.

Zusätzliche Aufträge in Millionenhöhe durch höhere Schwellenwerte

Die Vorarlberger Landesregierung hat sich schon in den vergangenen Jahren stets mit Nachdruck für die Verlängerung der Schwellenwertverordnung eingesetzt und begrüßt es daher besonders, dass diese Verordnung vom Bund erstmals um zwei Jahre – bis Ende 2016 – verlängert wird. "Das schafft erneut wichtige Impulse für die Wirtschaft aber auch den Arbeitsmarkt", betonen Landeshauptmann Wallner und Landesstatthalter Rüdisser.

Die höheren Wertgrenzen für eine Auftragsvergabe der öffentlichen Hand ermöglichen eine Direktvergabe im Bau-, Liefer- und Dienstleistungsbereich bis zu 100.000 Euro (vorher 50.000 Euro), bei einer Bauvergabe in einem nicht-offenen Verfahren bis zu einer Million Euro (vorher 300.000 Euro). Davon profitieren gerade Klein- und Mittelbetriebe, die das Rückgrat der Vorarlberger Wirtschaft bilden. Die höheren Schwellenwerte tragen dazu bei, rasch und unkompliziert öffentliche Aufträge durch lokale Unternehmen abzuwickeln. Das heißt, es können Aufträge im Land gehalten und Arbeitsplätze gesichert werden. Zugleich ermöglicht die Regelung eine Reduzierung des Verwaltungsaufwandes für Länder und Gemeinden, was sich in Zeit- und Kostenersparnis niederschlägt.

Seit Inkrafttreten der Verordnung im Mai 2009 wurden allein beim Hochbau Direktvergaben im Umfang von 31,5 Millionen Euro an heimische Unternehmen vergeben und bei den nicht-offenen Verfahren 26,5 Millionen. Macht in Summe 58 Millionen Euro für Bauprojekte, die rascher und kosteneffizient umgesetzt werden konnten.